

Gemeinsame Medienmitteilung

10. Dezember 2020

Gesellschaft für bedrohte Völker, Campax, Uigurischer Verein Schweiz, Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft (GSTF), Verein Tibeter Jugend in Europa (VTJE), Tibeter Gemeinschaft in der Schweiz & Lichtenstein (TGSL), Tibetische Frauenorganisation in der Schweiz (TFOS)

Mahnwache zum 10. Dezember, Tag der Menschenrechte Keine Komplizenschaft mit China: Die Schweiz muss handeln!

Mit einer Mahnwache heute Donnerstagabend fordern der Uigurische Verein Schweiz, Tibet-Organisationen, Campax und die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) einen Neustart der Schweizer China-Politik: Die Schweiz muss die Menschenrechte mindestens gleich stark gewichten wie Wirtschaftsinteressen.

Noch vor Jahresende will der Bundesrat seine erste offizielle China-Strategie verabschieden. Derweil mehren sich alarmierende Berichte über die dortige Menschenrechtssituation. So werden in der chinesischen Provinz Ostturkestan (chinesisch Xinjiang) mindestens eine Million Uigurinnen und Uiguren in Zwangslagern festgehalten und Zehntausende zur Arbeit in Zuliefer-Fabriken von internationalen Markenfirmen gezwungen. Auch in Tibet wird [gemäß jüngsten Berichten](#) die Bevölkerung systematisch zur Teilnahme an Arbeitsprogrammen verpflichtet und teilweise in andere Regionen Chinas deportiert.

Die im Exil lebenden tibetischen und uigurischen Gemeinschaften sehen sich zunehmend überwacht und eingeschüchtert. Wenn sie hier politisch tätig sind, so könnte dies negative Konsequenzen für ihre Verwandten in China haben. Die Exil-Gemeinschaften befürchten eine Einschränkung ihrer Meinungsfreiheit und schwere Verletzungen ihrer Privatsphäre.

Gemeinsam mit Schweizer Tibet-Organisationen, dem Uigurischen Verein Schweiz und Campax veranstaltet die GfbV heute Donnerstagabend um 18 Uhr in Bern (Heiliggeistkirche/Bahnhofplatz) eine Mahnwache. In diesem Rahmen fordern wir den Bundesrat auf:

- die Menschenrechte gegenüber kurzfristigen Wirtschaftsinteressen zu priorisieren. Die Schweiz muss in ihrer neuen China-Strategie den Schutz der Menschenrechte zwingend ins Zentrum stellen,
- die Einhaltung der Menschenrechte, Arbeitsrechte und die Rechte der Minderheiten im Freihandelsabkommen mit China ausdrücklich zu bekräftigen,

- sich international und vor allem gegenüber China verstärkt für die sofortige Schliessung der Zwangslager und Einstellung der Zwangsarbeits-Programme in Ostturkestan und Tibet einzusetzen.

Verwendbare Zitate:

„Die Einhaltung der Menschenrechte, Arbeitsrechte und die Rechte der Minderheiten müssen im Freihandelsabkommen mit China ausdrücklich bekräftigt werden“.

Andili Memetkerim, Präsident Uigurischer Verein Schweiz

„Meine Forderung an die westlichen Länder ist, dass sie wirksame Massnahmen ergreifen. Zum Beispiel im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit China. Man könnte einschneidende Sanktionen verordnen gegen die chinesische Regierung.“

Sayragul Sauytbay, Überlebende eines chinesischen Zwangslagers

„Die Schweiz muss die Menschenrechte gegenüber Wirtschaftsinteressen priorisieren.“

Lisa Mazzone, Ständerätin (Grüne/GE) und Präsidentin Gesellschaft für bedrohte Völker

„Die Schweiz muss in ihrer neuen China-Strategie den Schutz der Menschenrechte zwingend ins Zentrum stellen.“

Fabian Molina, Nationalrat (SP/ZH)

„Auch in Tibet spitzt sich die Lage zu. Die Bevölkerung wird zur Teilnahme an Arbeitsprogrammen verpflichtet und teilweise nach China deportiert.“

Tashi Shitsetsang, Präsidentin Verein Tibeter Jugend in Europa (VTJE)

Auskunft:

Christoph Wiedmer
Co-Geschäftsleiter GfbV
Tel. 079 679 01 24

Fotos von der Mahnwache können im Verlauf des Abends heruntergeladen werden:

www.gfbv.ch/de/medien/mediathek/

Zur GfbV-Kampagne No Complicity: Menschenrechte in China:

www.gfbv.ch/de/kampagnen/china-menschenrechte/